



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Klaus Adelt, Harry Scheuenstuhl, Herbert Woerlein, Ruth Waldmann, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Martin Güll, Natascha Kohnen, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Hans-Ulrich Pfaffmann, Doris Rauscher, Florian Ritter, Diana Stachowitz, Isabell Zacharias SPD**

PFC-Umweltgifte in den Landkreisen Altötting und Pfaffenhofen: Alle Fakten vor der Landtagswahl auf den Tisch – zügig Konsequenzen ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Zusammenhang mit möglicherweise gesundheitsgefährdenden Belastungen durch per- und polyfluorierte Chemikalien (PFC), noch vor der Landtagswahl vollkommene Transparenz herzustellen und

- den Betroffenen im Landkreis Altötting alle Ergebnisse von Blut- und Muttermilchuntersuchungen rechtzeitig vorher mitzuteilen sowie die Ergebnisse in anonymisierter Form zu veröffentlichen und
- noch vor dem Wahltermin die Öffentlichkeit und den Landtag darüber zu informieren, ob im Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm, insbesondere im Markt Manching, etwaige Gesundheitsgefahren zu befürchten sind.

Zudem soll die Staatsregierung so schnell wie möglich darüber berichten,

- wie sich die Belastung mit perfluorierten Tensiden (PFT) im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm ausbreiten und welche Konsequenzen dies für Grundwasser und Oberflächengewässer hat und
- was die Staatsregierung bisher unternommen hat, um die Verursacher, wie zum Beispiel die Bundeswehr im Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, zu einer Entschädigung der Betroffenen zu veranlassen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung außerdem auf, sich dafür energisch einzusetzen, dass etwaige Geschädigte in den beiden genannten Landkreisen von den jeweiligen Verursachern entschädigt werden. Landtag und Öffentlichkeit müssen laufend und transparent über diese Bemühungen unterrichtet werden.

Begründung:

Sowohl der Landkreis Altötting als auch der Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, und dort insbesondere der Markt Manching, sind von Belastungen durch per- und polyfluorierte Tenside wie PFOA, PFOS, PFHxS und PFNA erheblich betroffen. Per- und polyfluorierte Chemikalien reichern sich in Leber, Niere und Gallenblase an und können diese Organe schädigen sowie Krebs erzeugen. Das Umweltbundesamt (UBA) hat bereits 2016 veröffentlicht, dass zum Beispiel Perfluorooctansäure (PFOA) im Verdacht steht, Hoden- und Nierenkrebs auszulösen. Die Übertragung von PFC von der Mutter zum Kind während der Schwangerschaft und Stillzeit wird dabei als besonders kritisch angesehen. Die Bürgerinnen und Bürger haben angesichts dieser potenziellen Gesundheitsgefahren ein Recht darauf, von umfassend, schnell und vollkommen transparent über alle Fakten und mögliche Gefahren informiert zu werden. Ein Verzögern und Hinhalten aus politischen Gründen wäre völlig inakzeptabel und würde das Vertrauen in die Politik erheblich erschüttern. Deswegen müssen alle Ergebnisse von Untersuchungen selbstverständlich noch vor der Landtagswahl veröffentlicht werden. Das gilt insbesondere für die Untersuchungen von Blut und Muttermilch im Landkreis Altötting. Außerdem können die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten, dass die Staatsregierung offenlegt, was sie bisher unternommen hat, damit die Betroffenen von den Verursachern entschädigt werden. Das gilt nicht nur für die möglicherweise gesundheitlich Geschädigten im Landkreis Altötting, sondern auch für den Landkreis Pfaffenhofen a.d. Ilm, wo Landwirte und Bauherren zu den Geschädigten zählen.